

DER BOLSCHEWIKI-LENINISTEN

Nº 2

MITTE NOVEMBER PR. 15 GR.

Aus dem Inhalt: T r o t z k i : Man kann nicht länger mit Stalin, Manuilski, Loscowski & Co. in ein- und derselben "Internationale" bleiben.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Die Regierung Dollfuss hat in der letzten Zeit ihre Taktik gegenüber der Arbeiterklasse und der sozialdemokratischen Partei gründlich geändert. Sie hat eingesehen: eine Partei, die in ihren Organisationen beinahe die ganze Arbeiterschaft des Landes vereinigt und über zwei Fünftel der Wähler hinter sich hat, eine solche Partei kann nicht einfach in einem Sturmangriff überrannt werden, besonders nicht, solange sich der Heimwehrfascismus nicht mit dem Nationalsozialismus verständigt hat. Und sie hat aus dieser Einsicht sehr praktische Schlüsse gezogen: Sie hat die Absicht, die Sozialdemokratie zählungs zu zertrümmern, aufgegeben und setzt ihre ganze Kraft daran, sie langsam bis zur Kampfunfähigkeit zu vernichten. Am deutlichsten zeigt sich das in ihrem Verhalten gegenüber der Gemeinde Wien. Wohl verlangt Herr Starhemberg nach wie vor die Verlegung der "roten" Gemeindeverwaltung und die Einsetzung eines Regierungskommissärs im Wiener Rathaus. Aber das ist nur eine Gebärde, um die sich Dollfuss nicht kümmert. Er weiss etwas Besseres: er leert den Gemeindegürtel, er bläst den stolzen Bau, den der Wiener Gemeindegürtel aufgeführt hat, wie ein Kartenhaus um. Als sehr wirksam erweist sich die neue Taktik der Regierung auch gegenüber den Gewerkschaften. Sie sind, von einer Ausnahme abgesehen, nicht aufgelöst, auch nicht gleichgeschaltet worden, aber ihre Schlagkraft ist gemindert, in ihren Reihen herrscht Verwirrung und Unruhe. Auch auf anderen Gebieten hat die Regierung mit der Ausschaltungstaktik ansehnliche Erfolge erzielt.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, dass alle, die die Sozialdemokratie nicht kennen, also vor allem die grosse Mehrheit der Sozialdemokraten selbst, dem Parteitag mit Spannung entgegensehen. Die Partei in Wien schien ein Wunder zu erwarten. Es ist natürlich ausgeblieben. Die Opposition, die Opposition nicht ausgenommen, zeigte sich in keiner Weise. Ein einziger Delegierter, gewachsen! Ein von der Lokalorganisation Rotneusiedel gewählter Delegierter, der keinen Delegierten vertretener Antrag, dem Parteivorstand zu stellen, sondern nur eine einzige Stimme. Als der Vorsitzende die Abstimmungsergebnisse bekanntgab, erhoben sich die Parteimitglieder auf den Bänken und gaben in stürmische Hochrufe auf die Verlegung der Gemeindeverwaltung. Nur diesen einen Satz aus dem Parteitagsgeschäft hat man zu lesen, um zu erkennen, wie schmachvoll die Sozialdemokratie in der Wiener Parteimischung in die Politik, der voll-

Die Parteileitung verricht seit einiger Zeit eine fast nagelneue Theorie zur Erklärung und Rechtfertigung ihres Verhaltens. Sie hat den Sieg des deutschen Faschismus aus der Zersplittertheit der deutschen Arbeiterklasse erklärt. In Oesterreich aber ist die Arbeiterklasse nicht gespalten, also muss das Vordringen des österreichischen Faschismus anders erklärt werden. Der Austromarxismus erklärt es so: Gewiss, die Einheit des österreichischen Proletariats hat sich als unantastbar erwiesen, aber trotzdem können und dürfen wir nicht losschlagen, denn leider ist der österreichische Faschismus gespalten, und das bindet die Hände. (Wir sind die ganze Zeit hindurch durch den Gedanken gehemmt worden, dass wir nicht einen, sondern zwei Gegner gegenüber haben", sagte Otto Bauer auf dem Parteitag.) Schlagen wir nämlich auf die Hahnenschwänze los, so leiten wir Wasser auf die Mühlen der Hakenkreuzler und das dürfen wir unter keiner Bedingung tun. Also: der uneinige Feind ist der gefährlichste. Man könnte das für einen Witz halten, aber es ist tierisch ernst gemeint, und auf dem Parteitag hat diese Theorie einen Triumph gefeiert.

Otto Bauer erstattete das politische Referat. Seine Kampfbo-reitschaft drückte er aus in den Worten: "Kämpfen, wenn es sein muss." Aber es muss nicht sein, führte er nun aus, wenigstens jetzt noch nicht. Nur wenn gewisse Grenzen überschritten werden, muss die Arbeiterschaft den Kampf "auf jeden Fall wagen". Der Parteivorstand und der Vorstand der Gewerkschaften haben auf ihrer Konferenz im September diese Grenzen bezeichnet: Wenn die Regierung die Heimwehrforderung nach Aufhebung der Rechte Wiens und Einsetzung eines Regierungskommissärs im Rathause erfüllt oder die Existenz der Gewerkschaften bedroht oder die Partei auflöst oder das gleiche Wahlrecht abschafft, dann muss mit dem Kampf auf der ganzen Front eingesetzt werden. Das heisst, Bauer will erst dann mit dem Kampf beginnen, wenn Dollfuss durch seine neue Taktik die Arbeiterklasse so ermattet hat, dass sie aus dem Kampf, wenn sie ihn überhaupt aufnimmt, nicht mehr siegreich hervorgehen kann.

Der Parteitag hat im Sinne Otto Bauers erentschieden. In der politischen Resolution, die er angenommen hat, ist hauptsächlich von der Anschlussfrage die Rede. Warum? Das Fallenlassen der Forderung nach dem Anschluss Oesterreichs an das deutsche Reich bot der Parteiführung die willkommenen Gelegenheit, sich wieder einmal an Dollfuss anzubiedern. "In einer Zeit, in der grosse Teile des österreichischen Bürgertums der Werbekraft des deutschen Nationalfaschismus erlegen sind, kann die Unabhängigkeit Oesterreichs nicht anders wirksam verteidigt werden, als mit tatkräftiger Unterstützung der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse wird jederzeit bereit sein, die Unabhängigkeit Oesterreichs und die Freiheit des österreichischen Volkes gegen den deutschen Nationalfaschismus zu verteidigen, wenn Oesterreich eine freie auf das demokratische Selbstbestimmungsrecht, auf die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und auf die Freiheit aller Geistesströmungen und Weltanschauungen gegründeten Republik sein wird, wenn die Republik der Arbeiterklasse den Genuss der Freiheitsrechte und ihrer sozialen Errungenschaften verbürgt; wenn diese Republik für die gesamte deutsche Nation die Mission erfüllt, in einer Zeit in der das deutsche Volk im Reiche unter die blutige Herrschaft einer barbarischen Despotie gefallen ist, auf einem Teile deutschen Bodens deutscher Freiheit, deutscher Kultur, dem Aufwachen deutschen arbeitender Volksmassen eine Pflegestätte zu erhalten."

Solche geschwollene Redensarten, hinter denen gar nichts steckt, machten auch die seligen Liberalen, wenn sie mit der Regierung einen schädigen kleinen Kuhhandel abschliessen wollten. Gegen den Heimwehrfaschismus, der die Sozialdemokratie bei der Gurgel gepackt hat, findet die Resolution bei weitem nicht so viele und so kräftige Worte, wie gegen den Nationalfaschismus, der ihr vorläufig erst von weitem droht.

Wenn irgendwo ein Streik ausbricht, so sind Gewerkschafts- und Parteibonzen gleich bei der Hand, um ihn abzuwürgen. Aber für den Fall, dass die Regierung die bewussten "Grenzen" überschreitet, hat der Parteitag die Ausrufung des Generalstreiks beschlossen. Braucht man ein Wort über den Ernst dieses Beschlusses zu verlieren?

herauszuheben zu gestalten," hat der Parteitag die Schaffung eines Parteirates beschlossen. Er soll aus sechzig von den Landesparteitagen zu wählenden Mitgliedern bestehen, die weder Angestellte der Arbeiterbewegung, noch Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften sein dürfen. Er soll zusammentreten, wenn der Parteivorstand ihn einberuft oder wenn es ein Drittel der gewählten Mitglieder oder drei Landesparteivertretungen verlangen. Die Parteivorstandsmitglieder nehmen an seinen Sitzungen teil, aber nur mit beratender Stimme. Was das Ganze soll? Man sagt: das Parteileben soll demokratisiert werden. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Massregel zum Schutze des Parteivorstandes. Der Parteirat soll den Buckel herhalten, wenn die Parteimitgliedschaft dem Parteivorstand auf den Leib rücken will. Sonst wird er nicht viel zu tun haben, ist er doch schon durch die Art seiner Zusammensetzung und durch seine Schwerfälligkeit zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Ergänzt wurde die Demokratisierungsmaßregel durch eine Aenderung des Parteistatuts, die die Bändigung der Opposition erleichtern soll.

Aber diese Aenderung war überflüssig. Denn die Opposition hat sich auf dem Parteitag selber gebändigt. Dass für den Antrag, dem Parteivorstand das Misstrauen auszusprechen, keine einzige Stimme abgegeben wurde, ist bereits erwähnt worden. Aber das war nicht der einzige Streich, den die Opposition gegen sich geführt hat. Sie liess ihm einen zweiten setzen, bei dem man beinahe eine selbstmörderische Absicht vermuten könnte. Sie zog eine Erklärung, die sie dem Parteitag unterbreitet hatte, wieder zurück, obwohl diese Erklärung von siebenundzwanzig Delegierten unterschrieben war und noch siebzig Delegierte mit ihr sympathisierten. Als Grund dieses seltsamen Vorgehens gibt die Opposition an, die offizielle Erklärung der Partei habe sehr wesentliche Forderungen der oppositionellen Erklärung übernommen. Diese Begründung ist falsch. Der Parteitag hat die Grundanschauungen der Opposition entschieden abgelehnt. Dem gegenüber hat es nichts zu bedeuten, dass er nach gutem altem sozialdemokratischem Brauch seine Resolution auch mit ein paar Redensarten aufgezupft hat, die, wenn man mit aller Gewalt will, als ein Zugeständnis an die Opposition aufgefasst werden können.

Es muss ausgesprochen werden: die Führung der Opposition weiss nicht, was sie will. Das zeigt nicht nur die Zurückziehung der Erklärung, sondern auch die Erklärung selbst. Kein Zweifel, die Opposition hat begriffen, was sie begriffen, als die Parteiführung, wieviel es geschlagen hat. Ihre Analyse des Faschismus geht tiefer, als die Erklärung Bruers oder gar Friedrich Adlers, der die Politik der Regierung aus der politischen Unfähigkeit der Minister, insbesondere des Ministerpräsidenten, ableitet. Auch in ihren praktischen Vorschlägen, soweit auch gegen einzelne zu sagen ist, zeigt sie sich der Parteiführung überlegen. Aber - und das ist die entscheidende Frage - wie vertritt sie ihren Standpunkt? Sie will ihn überhaupt nicht vertreten. Ausdrücklich sagt die Erklärung: "Wir sind Genossen, die unsere Meinung vertreten und für sie werben, in jedem Moment wiederholt verdrängt, sie hätten die Absicht, die Partei zu spalten. Wir wissen diese Verdrängungen mit leidenschaftlichen Nachdruck zurück. wir verdammen jeden Versuch die Partei zu spalten, von welcher Seite immer er kommen möge, nicht die Partei spalten, sondern gewinnen und erneuern muss die Parole sein." Eine Opposition, die so redet, erinnert sehr an Seiner Majestät allergetreueste Opposition. Sie ist überhaupt keine Opposition. Entweder hat sie ihre Aufgabe nicht begriffen, oder es fehlt ihr der Mut, an die Lösung dieser Aufgabe zu gehen. Verdammtheit und Schwächlichkeit, die besten Bürgen des Misserfolgs, sind die Kennzeichen einer solchen Opposition.

RESOLUTION

Ueber die Notwendigkeit und Prinzipien einer neuen Internationalen.

Im Namen der Resolution: Nachfolgend sind Resolutionen über den der 1. August in Paris stattfindenden Konferenz jener Parteien, die weder der

zweiten, noch der 3. Internationale anzukleben, einstracht und verschluckt von der III. I. O., die sich von der Sozialen SAP und zwei kommunistischen Parteien trennten. Es ist offensichtlich, dass diese Ausbreitung wichtige Erklärung von der gesamten reformistischen und stalinistischen Prozedur geblissentlich totgeschwiegen wird. Wir verweisen im Zusammenhang damit auf den der Erklärung folgenden Artikel Trotzkis.

Die unterzeichneten Organisationen sind sich im Bewusstsein der auf ihnen lastenden geschichtlichen Verantwortung einig, ihre Kräfte zur gemeinsamen Arbeit für die Wiedergeburt der revolutionären proletarischen Bewegung im internationalen Rahmen zu verbinden. Zur Richtschnur ihres Handelns machen sie folgende Prinzipien:

1.) Die Totenkrise des imperialistischen Kapitalismus, die dem Reformismus den Boden entzogen hat (Sozialdemokratie, II. Internationale, reformistische Gewerkschaftsbürokratie) stellt gebietend die Aufgabe, mit der reformistischen Politik zu brechen, den revolutionären Kampf um die Eroberung der Macht und um die Errichtung der proletarischen Diktatur als den einzigen Weg zur Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische auf die Tagesordnung zu setzen.

2.) Die Aufgabe der proletarischen Revolution hat ihrem Wesen nach internationalen Charakter. Das Proletariat kann die vollendete sozialistische Gesellschaft aufbauen nur auf Grundlage der internationalen Arbeitsteilung und internationaler Zusammenarbeit. Die Unterzeichneten lehnen daher entschieden die Theorie vom "Sozialismus in einem Lande" ab, die die Grundlagen des proletarischen Internationalismus untergräbt.

3.) Ebenso entschieden muss die Theorie der Austromarxisten und der linken Reformisten und Zentristen überhaupt zurückgewiesen werden, die unter dem Deckmantel des internationalen Charakters der sozialistischen Revolution abwartende Passivität im eigenen Lande predigen und damit in Wirklichkeit das Proletariat dem Faschismus in die Arme treiben. Die proletarische Partei, die unter den heutigen geschichtlichen Bedingungen der Ergreifung der Macht ausweicht, begeht schlimmsten Verrat. Das siegreiche Proletariat eines einzelnen Landes muss seine nationale Diktatur festigen durch den sozialistischen Aufbau, der solange notgedrungen unvollständig und widerspruchsvoll bleibt, als die Arbeiterklasse nicht wenigstens in einigen der fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern die politische Macht erobert hat. Gleichzeitig muss die siegreiche Arbeiterklasse eines Landes alle Kräfte auf die Ausbreitung der sozialistischen Revolution in den anderen Ländern richten. Der Widerspruch zwischen dem nationalen Charakter der Machtergreifung und dem internationalen Charakter der sozialistischen Gesellschaft wird gelöst nur durch die kühne revolutionäre Tat.

4.) Die aus der Oktoberrevolution entstandene III. Internationale, die die Grundregeln der revolutionären Politik in der Epoche des Imperialismus aufstellte und dem Proletariat die erste Lehre des revolutionären Kampfes um die Macht erteilte, fiel einer Reihe von geschichtlichen Widersprüchen zum Opfer. Die verräterische Rolle der Sozialdemokratie, die Jugend und Unerfahrenheit der kommunistischen Parteien führte zum Zusammenbruch der revolutionären Nachkriegsbewegung im Westen und Osten. Die isolierte Lage der proletarischen Diktatur in einem zurückgebliebenen Lande verlieh der immer konservativeren und national beschränkten Sowjetbürokratie eine außerordentliche Machtfülle. Die sklavische Abhängigkeit der Kominternsektionen von der Sowjetspitze führte ihrerseits zu einer neuen Reihe schwerer Niederlagen, zur bürokratischen Entartung der kommunistischen Parteien, zu ihrer organisatorischen Schwächung und weiter dazu, dass die Komintern nicht nur zur Erfüllung ihrer geschäftlichen Aufgaben unfähig, sondern mehr und mehr zu einem direkten Hemmnis für die revolutionäre Bewegung wurde.

5.) Das Vordringen des Faschismus in Deutschland stellte die Organisationen der Arbeiterklasse vor die entscheidende geschichtliche Probe. Die Sozialdemokratie hat dabei noch einmal jene Bezeichnung bekräftigt, die Rosa Luxemburg ihr gegeben hatte, sie erwies sich zum zweiten Mal als ein "stinkender Leichnam". Die Überwindung der Organisationen, Ideen und Methoden des Reformismus ist eine unerlässliche Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus.

6.) Mit nicht geringerer Eindringlichkeit haben die deutschen Ereignisse auch den Zusammenbruch der III. Internationale offenbart. Trotz ihrem 14jährigen Bestehen, trotz den in grandiosen Kämpfen gesammelten Erfahrungen, trotz der moralischen Unterstützung durch den Sowjetstaat und der reichlichen Mittel für die Propaganda legte die KP Deutschlands unter den für eine revolutionäre Partei aussergewöhnlich günstigen Bedingungen einer beispiellosen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise eine vollständige revolutionäre Unzulänglichkeit an den Tag und hat damit endgültig bewiesen, dass sie trotz des Heroismus vieler ihrer Mitglieder zur Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgabe unfähig geworden ist.

7.) Die Lage des Weltkapitalismus, die grauenvolle Krise, die die Volksmassen in nie dagewesenes Elend stürzt, die revolutionären Bewegungen der unterdrückten Kolonialmassen, die Weltgefahr des Faschismus, die Perspektive eines neuen Zyklus von Kriegen, die alle menschliche Kultur zu vernichten drohen: das sind die Umstände die gebieterisch nach dem Zusammenschluss der proletarischen Vorhut zu einer neuen (der 4.) Internationale drängen. Die Unterzeichneten verpflichten sich, mit all ihrer Kraft dazu beizutragen, dass sich diese neue Internationale in möglichst kurzer Zeit herausbilde auf dem unerschütterlichen Fundament der von Marx und Lenin aufgestellten theoretischen und strategischen Prinzipien.

8.) Bereit zur Zusammenarbeit mit allen Organisationen, Gruppen und Fraktionen, die sich in der Tat vom Reformismus oder vom bürokratischen Zentrismus (Stalinismus) zur revolutionären marxistischen Politik hinentwickeln, erklären die Unterzeichneten zugleich, dass die neue Internationale keinerlei Versöhnlichkeit gegenüber Reformismus und Zentrismus dulden kann. Die notwendige Einheit der Arbeiterbewegung kann nicht durch eine Vermischung der revolutionären mit der reformistischen Auffassung und auch nicht durch eine Anpassung an die Stalinpolitik, sondern nur durch eine Überwindung der Politik der beiden bankrotten Unter-nationalen erreicht werden. Soll die neue Internationale ihren Aufgaben gerecht werden, so darf sie keinerlei Abweichung von den revolutionären Grundsätzen in den Fragen des Aufstandes, der proletarischen Diktatur, der Sowjetform des Staates usw. zulassen.

9.) Ihrer Klassenbasis, ihren sozialen Grundlagen, den unbedingt herrschenden Eigentumsformen nach bleibt die USSR auch heute ein proletarischer Staat, d.h. ein Werkzeug zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Die Verteidigung der Sowjetunion vor dem Imperialismus und der inneren Konterrevolution wird die neue Internationale als eine ihrer Hauptaufgaben auf ihre Fahne schreiben. Gerade die revolutionäre Verteidigung der USSR macht es uns zur gebieterischen Pflicht, die revolutionären Kräfte in der ganzen Welt vor dem verderblichen Einfluss der stalinischen Komintern zu befreien und eine neue kommunistische Internationale aufzubauen. Nur unter der Voraussetzung völliger Unabhängigkeit der internationalen proletarischen Organisationen von der Sowjetbürokratie und der unablässigen Bloßstellung ihrer falschen Methoden vor dem Angesicht der Arbeitermassen ist eine erfolgreiche Verteidigung der Sowjetunion möglich.

10.) Die notwendige Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung revolutionärer proletarischer Parteien im nationalen wie auch internationalen Rahmen ist die Parteidemokratie. Ohne Freiheit der Kritik, Wählbarkeit der Funktionäre von unten bis oben, Kontrolle des Apparats durch die Mitgliedschaft gibt es keine wahrhaft revolutionären Parteien.

Die Erfordernisse der Konspiration und der illegalen Verhältnisse verändern unweigerlich die Formen des inneren Lebens der revolutionären Partei, indem sie die Möglichkeit zu breiten Diskussionen und Wahlen erschweren oder ganz aufheben. Doch auch unter den schwersten Bedingungen und Umständen bewahren die Grunderfordernisse eines gesunden Parteiregimes all ihre Kraft: ehrliche Unterrichtung der Partei, Freiheit der Kritik und eine wirkliche innere Verbundenheit zwischen Führung

Sortenmehrheit. Indem sie dem Willen der revolutionären Arbeiter Partei und Bewegung, verwandelte die reformistische Bürokratie die Gewerkschaften und die Gewerkschaften trotz einer nach Millionen zählenden Mitgliedschaft zu ohnmächtigen Gebilden. Indem sie die innere Demokratie zerstörte, ersetzte die Stalinbürokratie die Komintern. Die neue Internationale wie die ihr angehörenden Parteien müssen ihr ganzes inneres Leben anordnen auf den Grundlagen des demokratischen Zentralismus.

11.) Die Unterzeichneten schaffen durch Abordnung von Vertretern eine ständige Kommission und übertragen ihr

- a) die Ausarbeitung eines programmatischen Manifestes als der Geburtsurkunde der neuen Internationale.
- b) die Vorbereitung einer kritischen Uebersicht über die heutige Arbeiterbewegung in allen ihren Organisationen und Richtungen (ein Kommentar zum Manifest).
- c) die Ausarbeitung von Thesen über alle Grundfragen der revolutionären Strategie und Taktik des Proletariats.
- d) die Vertretung der unterzeichneten Organisationen nach aussen hin.

Bauer: Internationale Opposition der Bolschewiki-Leninisten

Schwab: Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands

Schmidt: Unabhängige Sozialistische Partei Hollands

Snoevliet: Revolutionäre Sozialistische Partei Hollands.

MAN KANN NICHT LÄNGER MIT STALIN,

MANUILSKI, LOSOWSKI & CO. IN EIN UND DERSSELBEN "INTERNATIONALE" BLEIBEN.

(Gespräch)

A. - ES ist Zeit, mit der moskauer Karikatur einer Internationale zu brechen. Man kann nicht länger auch nur den Schatten einer politischen Verantwortung für die Stalinisten tragen. Wir sind sehr vorsichtig und sehr geduldig gewesen hinsichtlich der Komintern; doch alles hat seine Grenzen; nachdem Hitler vor den Augen der ganzen Welt von Wels einerseits von Stalin andererseits in den Sattel gehoben worden ist, nachdem die Komintern trotz der Katastrophe ihre Politik für einwandfrei erklärt hat, kein vernünftig denkender Mensch sich Hoffnung machen, dass diese Clique "reformiert" werden könne.

B. - Die Clique natürlich nicht, aber die Komintern als Ganzes?

A. - Man soll sich nicht von allgemeinen Phrasen an der Nase herumführen lassen. Die "Komintern als Ganzes" ist eine Abstraktion, man steht zu sagen ein leerer Begriff. Das Kommando befindet sich in den Händen der Stalinclique. Schon über fünf Jahre gibt es keinen Weltkongress. Wer hat das Statut mit Füßen getreten? Die Clique. Mit welchem Recht? Mit dem Recht der Usurpation. Und nicht eine Sekunde, nicht eine Ortsorganisation, nicht eine Zeitung wagt zu rucksen von der Notwendigkeit eines internationalen Kongresses. Politisch also liegt das Schicksal der "Komintern als Ganzes" in den Händen der verantwortungslosen Clique.

B. - Das ist unweifelhaft. Aber lag nicht die Sache auch vor einem

Jahr, als wir die Lösung der Reform der Komintern noch nicht aufgegeben hatten, sehen genau so?

A. - Nein. Die Sache lag anders. Vor einem Jahr war die Lage in Deutschland noch zu retten. Wir taten alles, was wir konnten, um die Lage der Partei aufzudecken. Wäre die Komintern eine lebensfähige Organisation, so hätte ihre Führung die Stimme der Ereignisse vernehmen müssen; eine noch stärker Stimme kann man sich gar nicht vorstellen. Und wenn die Komintern auch diesmal taub blieb, so ist sie eben eine Leiche. Auch in anderer Beziehung ging ein entscheidender Wechsel vor sich. Im vergangenen Jahr gab es noch die deutsche Kompartei. Im Wirbel der grossen Ereignisse musste sie doch mit den Arbeitermassen rechnen. Man konnte - bis zur Stunde der Probe - mit gewissem Recht hoffen, dass die Entwicklung des Massenkampfes nicht nur das ZK Thälmanns, sondern auch das Präsidium Stalin-Manuilskis herumdrehen würde. Das ist nicht eingetreten. Von der deutschen Kompartei blieb lediglich der immer mehr geschwächte und den Massen immer mehr entfremdete Apparat allein übrig. Die Sache ging so weit, dass das ZK den illegalen Ortsorganisationen verbietet, eigene Artikel und Aufrufe zu drucken; den Ortsgruppen liegt nur ob, die Offenbarungen Manuilskis und Heckerts nachzudrucken. Jede Regung des Denkens bildet für diese Leute eine Todesgefahr. Hitlers Sieg ist für sie in der Tat keine "Niederlage"; er hat sie von jeglicher Kontrolle von unten befreit.. Doch nachdem die stärkste Partei der Komintern von der Bühne abgetreten ist, sind absolut keine Wege, Kanäle und Hebel zur Einwirkung auf die kommandierende Clique der Komintern übriggeblieben.

B. - Kann man von der deutschen Kompartei sagen, dass sie die stärkste Partei der Komintern gewesen sei? Sie haben wohl die KPSU vergessen?

A. - Nein, das habe ich nicht. Doch selbst wenn man anerkennen wollte, dass die KPSU eine Partei sei (in Wirklichkeit liegen sie in administrativen Rahmen der KPSU, der je nach dem Willen der Clique ausgewechselt wird, mehrere Parteien in heftigem Kampf mit einander), so ist die KPSU jedenfalls keine aktive Sektion der Komintern. Die Sowjetarbeiter haben keine Ahnung, was in der proletarischen Bewegung des Westens geschieht; man teilt ihnen überhaupt nichts mit, oder noch schlimmer, man täuscht sie böswillig. Im Politbüro selbst in der heutigen Zusammensetzung sitzt nicht ein Mensch, der mit dem Leben und Kampf des Weltproletariats vertraut wäre, von der Theorie des Marxismus ganz zu schweigen. Schliesslich besitzt die KPSU keine Möglichkeit, ihre Meinung in internationalen Fragen zu äussern. Der Partei sind Kongresse, Versammlungen, Diskussionen und Presse weggenommen. Nicht eine Sowjetzeitung hat es gewagt, auch nur die Frage zu stellen, ob die Politik in Deutschland richtig gewesen ist. Niemand wagt überhaupt Fragen zu stellen, alle müssen schweigend die Antwort abwarten. Und so kxxxxxx kam man an Hitler...

Die Lösung der "Reform" der Komintern war für uns niemals eine leere Phrase. Wir rechneten mit der Reform als mit einer Realität. Die Entwicklung ging den schlimmeren Weg. Gerade deshalb sind wir gezwungen, auszusprechen, dass die Politik der Reform bis auf den letzten Rest erschöpft ist.

B. - Wir wollen doch nicht etwa der zentristischen Bürokratie das Banner der Komintern überlassen?

A. - Man muss sich nicht von zweideutigen Formeln ins Bockshorn jagen lassen. Was ist unter Banner zu verstehen? Das Programm doch? Das auf dem sechsten Kongress angenommene Programm haben wir aber schon längst abgelassen als eine böse Mischung von Opportunismus und Abenteuerismus. Mehrere Jahre lang haben wir, gestützt auf die Lehren der Ereignisse damit gerechnet, das Programm der Komintern ändern zu können. Heute ist diese Möglichkeit zusammen mit der Möglichkeit der "Reform" verschwunden. Dem kläglichsten okkultistischen "Programm" der Komintern müssen wir unser marxistisches Programm entgegensetzen.

B. - Und die ersten vier Weltkongresse der Komintern?

A. - Selbstverständlich lassen wir nicht von ihnen ab. Umsomehr, als

die Stalinisten auf sie schon längst verzichtet haben, sie uns überlassen. Das Programm werden wir auf dem von den ersten vier Weltkongressen gelegten Fundament errichten: das ist ein untadeliges marxistisches Fundament, das ist unser Fundament. Die Lehren des letzten Jahrzehnts sind in die Sprache des Marxismus übersetzt worden nur von der Linken Opposition. Unsere internationale Vorkonferenz hat aus diesen Lehren die Bilanz gezogen in Form von elf Punkten. In dieser Bilanz gibt es jedoch keine Lücke. Die Vorkonferenz tagte am Vorabend der Abschlussprüfung, der die Geschichte der Komintern unterzog. Der völlige und endgültige Durchfall der Komintern ist in den Beschlüssen der Vorkonferenz nicht vorzeichnet. Das wird die Konferenz tun müssen. Alle übrigen Beschlüsse der Vorkonferenz bleiben voll und in Kraft. Die grundsätzlichen Dokumente der ersten vier Weltkongresse plus den "Elf Punkten" der Linken Opposition - das sind die Grundbestandteile des Programms einer wirklich kommunistischen Internationale.

B. - Die Gegner werden dennoch sagen, dass wir auf das Banner Lenins verzichteten.

A. - Die Gegner schreiben das schon lange, und umso lauter, je mehr sie die Gebote des Bolschewismus in den Schmutz treten. Wir aber sagen den Arbeitern der ganzen Welt, dass wir die Verteidigung des Banners Marx' und Lenins, die Fortsetzung und Weiterentwicklung ihres Werks übernehmen im unversöhnlichen Kampfe nicht nur mit den reformistischen Verrätern - das versteht sich von selbst -, sondern auch mit den zentristischen Verfälschern des Bolschewismus, den Usurpatoren des leninschen Banners, den Organisatoren von Niederlagen und Kapitulationen, den Vordenkern der proletarischen Verrat: mit den Stalinisten.

B. - Und was ist mit der KPSU? Und was mit der USSR? Werden die Gegner nicht sagen, dass wir die Sache des Arbeiterstaates für verloren halten und sogar den bewaffneten Aufstand gegen die Sowjetregierung vorbereiten?

A. - Natürlich werden sie das sagen. So reden sie schon lange. Was können sie auch anders sagen zur Rechtfertigung ihrer niederträchtigen Ausrottung der Bolschewiki-Leninisten? Doch richten wir uns nicht nach den Verleumdungen der Gegner, sondern nach dem realen Verlauf des Klassenkampfes. Die Oktoberrevolution hat mit der bolschewistischen Partei an der Spitze den Arbeiterstaat geschaffen. Die bolschewistische Partei gibt es heute nicht mehr. Doch der grundlegende soziale Inhalt der Oktoberrevolution ist noch lebendig. Die bürokratische Diktatur erleichtert, trotz aller unter ihr (gegen sie) errungenen technischen Fortschritte, ausserordentlich die Möglichkeit einer kapitalistischen Restauration. Doch bis zur Restauration ist die Sache zum Glück noch nicht geüben. Bei günstigen inneren und besonders internationalen Bedingungen kann man auf dem sozialen Fundament der Sowjetunion ohne neue Revolution das Gebäude des Arbeiterstaates wiedererrichten. Lange rechneten wir damit, dass es uns gelingen würde, die KPSU selbst zu reformieren, und durch ihre Vermittlung das Sowjetregime wiederherzustellen. Doch die offizielle "Partei" sieht heute einer Partei weniger ähnlich als vor zwei Jahren und sogar noch vor einem Jahr. Parteikongresse haben seit mehr als drei Jahren nicht stattgefunden und niemand spricht davon. Die Stalinelique schustert und flüchtet an ihrer "Partei" herum, als ob es sich um ein Strafbataillon handelte. Säuberung und Ausschlüsse waren früher darauf gerichtet, die Partei zu reorganisieren, zu terrorisieren, der Möglichkeit des Denkens und Handelns zu berauben; heute haben die Repressionen den Zweck, die Partei an der Wiederaufrichtung zu hindern. Inlassen ist, damit der Sowjetstaat nicht unterkomme, eine proletarische Partei notwendig. Elemente dafür gibt es viele, doch herausholen und zusammenschliessen kann man sie nur im Kampf mit der Stalinbürokratie. Heute von der "Reform" der KPSU sprechen, rückwärts und nicht vorwärts zu schauen und das eigene Geschehen mit verästelten Formeln zu beschwichtigen. Die bolschewistische Partei der USSR muss man wieder aufbauen.